



Firefox-Boycott nach Brendan Eich-Kündigung



Nachdem bekannt geworden war, dass Mozilla-Vorstand und Erfinder des Java-Scripts, Brendan Eich, durch den Druck der Homolobby zum Rücktritt genötigt wurde ([PI berichtete](#)), wird nun im Netz zum Boykott des Firefox-Browsers aufgerufen. Der Browser ist das Zugpferd der milliardenschweren Firma, ist beliebt und wird stark genutzt, doch dies könnte sich im Verlauf der massiven Gegenkampagne nun ändern.

Ironischerweise hatte einer der Mitbegründer der Dating-Plattform „OKCupid“, die den Druck auf Mozilla maßgeblich organisiert hatte, nämlich Sam Yagan, selbst einmal für eine Anti-Homo-Kampagne gespendet, wie sich [jetzt herausstellte](#).

Im Netz ist nun eine [Petition](#), die sich an die Firma Mozilla richtet, recht erfolgreich. Bereits beinahe 40.000 Menschen erklären, dass sie den Firefox nicht mehr nutzen wollen. Auf Twitter wird unter den Hashtags #firefoxboycott, #NoZilla und #DumpFirefox in hunderten Kommentaren deutlich, was die Menschen von der Mobbingaktion gegen Brendan Eich denken:

„Firefox war mein bevorzugter Browser. Doch ich schätze Freiheit mehr.“

„Aus Solidarität mit Brendan Eich deinstalliere ich den Firefox. Es schmerzt, habe ihn jahrelang genutzt. #NoZilla Stoppt die Diskriminierung. Deinstalliert FF“

Viele machen Werbung für die Petition und es ist erstaunlich zu sehen, dass sich immer mehr Menschen dem Druck von extremen Minderheiten und ihren totalitär anmutenden Maßnahmen entgegenstellen. Die Boykotteure erhoffen sich einen Sieg für die Meinungsfreiheit und man darf gespannt erwarten, ob und wie sich Mozilla zu all dem positionieren wird.

11.280 Asylanträge im März 2014

Im März 2014 haben beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 11.280 Personen Asyl beantragt, davon 9.839 als Erstanträge und 1.441 als Folgeanträge. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahresmonat um 4.985 Personen (79,2 Prozent) und gegenüber dem Vormonat um 60 Personen (0,5 Prozent) gestiegen. Soweit ersichtlich handelt es sich zu 90 Prozent [um Moslems!](#)

Wie Medien über die „Demo für Alle“ berichten

☒ Stuttgart. Was macht man nur, wenn sich einfach kein Skandal einstellen will, wenn der politische Gegner keine signifikanten Fehler macht. Manche machen einfach das, was sie schon immer in diesen Fällen getan haben. Sie denunzieren, lügen und drehen sich „die Wahrheit“ zu Recht, man macht es ideologisch einfach passend. So geschehen bei der Presseberichterstattung über die [Demo für Alle!](#) TV und Printmedien stachen bei der Berichterstattung zu den Demonstrationen nicht immer als objektive Beobachter heraus.

Es fing an bei den Angaben und den möglichst klein gehaltenen Zahlen über die Menge der Demonstranten. Während der Veranstalter von einer vierstelligen Teilnehmerzahl spricht, verbreitet die Presse Angaben, die weit darunter liegen. Besonders drastische Zahlen-Unterschiede konnte man bei den Angaben zu den [Demos um den 1. März](#) beobachten. Bei den Bildungsplanbefürwortern wurde von 4000 Teilnehmern statt der tatsächlichen 300-400 geschrieben.

Auch um die Berichterstattung der 3. Demo gegen den Bildungsplan, der „Demo für Alle“, wird getrickst und getäuscht. Da wird aus einer gut vierstelligen Teilnehmerzahl schnell mal ein Protest „von Hunderten“.

Greifen linke Gegendemonstranten in rechtswidriger Weise Teilnehmer der Demonstration mit Farbbeuteln und Tomaten an oder werden diese sogar körperlich attackiert, so wird relativierend von „aufeinandertreffen“ oder „Zusammenstößen“ gesprochen. Warum ein massives Polizeiaufgebot notwendig war, wurde den Lesern wie folgt erklärt: „..um eine Konfrontation von Bildungsplangegnern und –befürwortern zu verhindern“. Alle genannten Vokabeln haben eins gemeinsam. Sie führen in die Irre und verschieben die Verantwortung weg von den Tätern, hin

auf die Schultern der Opfer. Es wird hier dem Leser suggeriert, der Angegriffene hätte eine aktive Rolle eingenommen und kommt somit beim Leser als gleichberechtigt erscheinender Täter in Frage. Wie muss sich da jemand fühlen, der vor Ort unterirdisch beleidigt und womöglich auch körperlich angegriffen wurde?

Dass linke Politiker nahezu jeden und alles als rechts oder gar rechtsradikal etikettieren, verwundert schon lange nicht mehr. Totalitäre Züge nimmt es aber dann an, wenn Familien mit ihren Kindern als „rechter Rand“, „christlich fundamentalistische Kreise“, oder „Ewiggestrige“ denunziert werden. Umschreibungen wie „sogenannte“ Familienschützer sollen zudem den Eindruck erwecken, die meinen das nicht so, die wollen eigentlich was anderes, was ganz gefährliches. Was das dann sein soll, wird bewusst offen gelassen, es könnte ja sonst sein, dass der Leser das manipulative Spiel, das mit ihm getrieben wird, durchschauen könnte.

Wenn dann sogar krasse Falschbehauptungen in den Raum geworfen werden, die selbst bei wohlwollender Betrachtung keine Möglichkeit der Interpretation zulassen, stellt sich unweigerlich die Frage, ob eine objektive Berichterstattung jemals beabsichtigt war?!

Im SWR-Beitrag über die Teilnehmer der „Demo für Alle“ wurde von „homophoben Slogans“, „christlich fundamentalistischen Kreisen“, „sogenannten Familienschützern“ und „rechtsextremen“ Gruppen gesprochen. Im [TV-Beitrag](#) wurden hingegen die Blockierer, Tomatenwerfer und polizeibekanntem linksradikalen Täter verharmlosend als aus dem „linken politischen Spektrum“ kommend bezeichnet.

Zum Protest gegen diese Art der Verleumdung durch den SWR ruft das Bündnis [„Demo für Alle“](#) auf.

Hier die beiden Qualitätsjournalisten des SWR vor Ort:



Interessant ist, dass das Verhalten und Handeln linksextremer Kreise und ihre Verbindungen in kriminelle – durch den Verfassungsschutz beobachtete Strukturen – in diesem Zusammenhang (Aufrufe in Indymedia) nie in der Berichterstattung auftauchten.

Verleumderisch war auch der Versuch, in einem Print-Artikel, die Bildungsplangegner als „Homohasser“ darzustellen. So schreibt Sascha Maier in den Stuttgarter Nachrichten über einen angeblichen Bildungsplangegner: „Ich bin ein echter Schwulenhasser“, outet sich ein Demonstrant, der ein Schild hochhebt auf dem steht: „Schwul-Minister St(r)o(l)ch lässt pädophile Lehrer auf Kinder los.“ (siehe rote Markierung)

Sitzblockade gegen Bildungsplangegner
 Gegendemonstranten stören Kundgebung – 500 Polizisten im Einsatz – Straßensperren und 75 Festnahmen

VON SASCHA MAIER

STUTTGART. Der rothaarige Demonstrant schreit wie am Spieß. Fünf Polizeibeamte haben den jungen Mann in Gewahrsam genommen. Bevor sie seine Taschen durchsuchen, tritt er bei einem Polo den Blinker ein. „Haut ihm eine rein“, brüllt der Fahrzeughalter. Passanten rufen: „Ihr seid ja ganz toll, zu fünf auf ein Kind loszugehen.“

Am Samstagnachmittag haben nach Angaben der Polizei etwa 600 Menschen gegen den neuen Bildungsplan der Landesregierung demonstriert. Die Gegner, unter ihnen Gabriele Kuby, Publizistin und Mitglied im Forum Deutscher Katholiken, geißelten in ihren Reden Angriffe auf die Familie, „Gender-Politik soll Geschlechtsidentitäten auflösen“, so Kuby bei der Kundgebung auf dem abgesperrten Marktplatz. Pierre Louis Santos von Manif pour tous, der französischen Bewegung gegen die Homo-Ehe, sagte: „Wir fangen sehr spät an, dagegen zu kämpfen, deswegen müssen wir schnell und stark sein, denn wir müssen gewinnen.“

Die Demo hat, wie bei den vorangegangenen Kundgebungen, Gegendemonstranten auf den Plan gerufen. Sie störten den Demozug mit Sitzblockaden, weshalb der schließlich zur Paulinenbrücke umgeleitet wurde. „Ich bin ein echter Schwulenhasser“, outet sich ein Demonstrant, der ein Schild hoch-

hebt, auf dem steht: „Schwul-Minister St(r)o(l)ch lässt pädophile Lehrer auf Kinder los.“

SPD und Grüne sehen gefährliche Allianz aus christlich-konservativen und rechten Gruppen

Eine homogene Gruppe sind die Demonstranten nicht. So teilt Thomas Reinemann aus Heilbronn, stellvertretender Sprecher der Jungen Alternative für Deutschland, die Verachtung für Homosexuelle nicht „Jeder soll sich sexuell orientieren, wie er will, aber muss man in der Schule so früh mit dem Thema anfangen?“

Mehr Distanz hatten SPD und Grüne sich von der Union gewünscht. Dass der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk auf so einer Demo das Grußwort hält, sei „unangemessen und schmutzilig“, schimpft SPD-Generalsekretärin Katja Mast. Petra Rühle, Kreisvorsitzende der Grünen in Stuttgart, sieht eine „gefährliche Allianz aus christlich-konservativen und rechten Gruppen“.

Am Ende kamen 75 Teilnehmer der Gegendemo in Gewahrsam; zehn vorab, weil sie schon beim letzten Mal auffällig waren, dazu 65 Sitzblockierer. Fünf wurden wegen Widerstands gegen die Polizei angezeigt.



Dieser „Agent Provocateur“ wurde allerdings gar nicht auf den Kundgebungsplatz durchgelassen. Die zuständigen Beamten hielten den ihnen sicherlich bestens bekannten Herrn (Berufsdemonstrant) auf und verweigerten ihm den Zugang zu der Kundgebung. Das war auch für alle Außenstehenden klar ersichtlich. Auch auf der anschließenden Demonstration wurde dem „Herrn“ die Möglichkeit zum Auftritt verweigert! Um unseren Lesern zu zeigen, auf welcher Seite dieser „Herr“ eigentlich zuhause ist, hier zwei Bilder, die ihn mitten im Getümmel von linksradikalen Chaoten vergangener Demonstrationen zeigen. Mit ausgestopfter Brust und Lippenstift hält er ein Plakat hoch, auf dem er sich selbst als „schwuler Lehrer“ outet. Sein Erkennungszeichen – dort wie auch auf anderen Demos – ist häufig eine Schultüte und eine Puppe.



War also alles nur ein Versehen? Nahm Maier die wie gerufen kommende Provokation und Story nur dankbar an, ohne sich die Situation genauer anzusehen? Hat er sich nicht gefragt, ob ein Bildungsplangegner gesunden Menschenverstandes tatsächlich so auftreten würde und wo sind dann all die anderen angeblich schwulenhassenden Mitstreiter? Warum wollte die Polizei ihn nicht durchlassen? Außerdem verwies der Veranstalter im Vorfeld darauf hin, jegliche [diffamierende Aussagen oder Darstellungen](#) zu unterlassen. Wie kann man also dann diesen bedauernswerten Menschen – trotz all dieser Fakten – den Bildungsplangegnern zuschreiben? Zudem müsste Sascha Maier (Bild unten) als ortskundiger Reporter der omnipräsente „Sonderling“ durchaus bekannt sein. Es handelt sich hier schließlich nicht um seine erste Reportage über eine Stuttgarter Demo!



Vielleicht aber wird die Motivation des Herrn Maier dadurch ersichtlicher, wenn man seine „Favoriten“ betrachtet, die er selbst frei auf [Facebook](#) präsentiert. Darunter zählt [Jean-Paul Satre](#) ebenso wie Karl Marx. Über die politische Disposition eines Karl Marx muss hier wohl nicht geschrieben werden und ein Satre hat nie einen Hehl daraus gemacht, mit der „linken Volksfront“ und der „RAF“ sympathisiert zu haben. Satre ging – oft zusammen mit seiner Partnerin [Simone de Beauvoir](#) – auf Vortragsreisen im In- und Ausland. Von de Beauvoir kommt der Ausspruch: „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es“. Eine gar nicht mit den Gender-Gegnern in Einklang zu bringende Position. Noch Fragen?

Wie es auch gehen kann, zeigt folgender Fall. Zunächst wurde in einer Meldung behauptet, dass bei den Bildungsplangegnern Messer und Stöcke beschlagnahmt wurden. Das wurde mittlerweile zurückgenommen und sich für die Falschmeldung von Seiten der [Redaktion entschuldigt](#) (Rechtsschreibefehler wurden übernommen):

Anmerkung der Redaktion: Zunächst hatten wir fälschlicherweise geschrieben, Stöcke und ein Taschenmesser seien bei den Bildungsplan-Gegnern beschlagnahmt worden. Das ist falsch. Wir haben dem Text korrigiert. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Bayern: Rumänische Erntehelfer wählen Spezl vom Spargelbauer zum Bürgermeister



Wie wird doch von allen Parteien das Ausländerwahlrecht begrüßt. Ginge es nach den Kommunisten der Linkspartei, dürften Hottentotten in Afrika und Lamas in Südamerika sogar unseren Bundestag wählen. Der Kreis der nichtdeutschen Wähler kann manchen nicht groß genug sein. Was das bedeutet, hat jetzt der Amtsinhaber von den Freien Wählern bei der Bürgermeisterwahl in Geiselhöring/Bayern erfahren. Er lag bei der Auszählung stabil vorn im Rennen, bis die Briefwähler aus dem Wahlbezirk eines CSU-Spargelbauern drankamen.

Von den 482 überwiegend polnischen und rumänischen Erntehelfern, die in Geiselhöring seit zwei Monaten, was reicht, gemeldet sind, haben 465 ihre Stimme abgegeben – 460 bei der Briefwahl, fünf an der Urne, eine Wahlbeteiligung von 96,5 Prozent unter den ausländischen Mitarbeitern! Und sie wählten alle den CSU-Kandidaten, und der ist jetzt Bürgermeister. Die Justiz und Graphologen ermitteln.

Als glühender Verfechter des Ausländerwahlrechts findet PI [diese Geschichte](#) ziemlich lustig, aber auch zukunftsweisend. Weiter so!

Video: Thilo Sarrazin befragt von Frank A. Meyer



Am Montag zeigte 3sat in der Sendung Vis-a-vis ein Gespräch zwischen dem Schweizer Journalisten Frank A. Meyer und dem ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin. Beide

gehen dabei auch noch einmal auf die [Vorkommnisse vom 2. März](#) am Berliner Ensemble ein, als eine Hundertschaft linker Meinungsunterdrücker die Cicero-Veranstaltung sprengte. [Hier gehts zum Video des interessanten Gesprächs!](#)

Stuttgart: Video- und Fotobericht „Demo für Alle!“

☒ Stuttgart. 2500 Menschen bekannten am vergangenen Samstag, dem 5. April, Farbe. Symbolisch, für Mann und Frau, waren rosa und blaue Luftballons und ebensolche Schilder auf dem Stuttgarter Marktplatz zu sehen. Das Motto der nun schon dritten Kundgebung gegen den „Bildungsplan 2015“ mit anschließender Demonstration lautete: „Elternrecht wahren!“

Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!“

(Von PI-Stuttgart)

Der geplante grün-rote „Bildungsplan 2015“ würde in besonders deutlicher und offener Weise in die Erziehung der Eltern eingreifen. Noch schlimmer, die Pläne der Landesregierung sehen vor, Kindern ideologisiert das Thema Sexualität zu vermitteln, statt in wissenschaftlich gestützter Form. An diesem Tag wurde sichtbar, wie breit aufgestellt sich die gesellschaftliche Front zu den grün-roten „Bildungsplänen“ mittlerweile präsentiert.

Dem Aktionsbündnis „[Elternrecht wahren](#)“, das zur „[Demo für Alle](#)“ aufgerufen hatte, gehören über 16 Organisationen und Initiativen an, u.a. die „Initiative Familienschutz“, die Elterninitiative „Schützt unsere Kinder“ und das Bündnis „Rettet die Familie“. Auch sprachen dieses Mal wieder Vertreter diverser Parteien auf der Kundgebung. Zahlreiche Grußworte wurden zudem verlesen.

Die von Links oft geforderte, aber selbst nicht gelebte Toleranz gegenüber Andersdenkenden, war dann auch der Grund dafür, dass auch dieses Mal massive Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden mussten.



Die Polizei war mit 500 Einsatzkräften präsent, die für die notwendige Sicherheit sorgten, so dass auch Familien mit ihren Kindern ungefährdet an der Veranstaltung teilnehmen konnten.





Zeitweise musste der Veranstaltungsort sogar nahezu komplett abgeriegelt werden, weil sich sonst Linksradikele unter die Teilnehmer hätten mischen können.

Das führte im Nachhinein zu [vermehrtem Unmut bei Geschäftsinhabern](#) angrenzender Läden, die nach eigenen Angaben Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatten. Verantwortlich zeichnen hier, wie so oft, Antifa und Co., die – würde nach dem Verursacherprinzip verfahren – dann auch für die immensen Kosten der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen aufkommen müssten.



Daher wurden auch schon im Vorfeld über zehn Personen – die bei den vorangegangenen Demonstrationen durch Gewalt aufgefallen sind – vor Ort festgenommen. Im späteren Verlauf kam es durch Sitzblockaden noch zur [Gewahrsamnahme von weiteren 55 Personen](#) aus dem linken Spektrum.

Um 15 Uhr war es dann so weit. Livemusik läutete die Veranstaltung vor großartiger Kulisse ein.



Eröffnet und moderiert wurde die Kundgebung vor dem Stuttgarter Rathaus auf dem Marktplatz von Hedwig Freifrau v. Beverfoerde (Sprecherin der „[Initiative Familienschutz](#)“). Sie stellte das breite Bündnis vor, das zum ersten Mal unter einem

gemeinsamen Logo zusammengekommen war. Sie wies auf das Elternrecht und die Rechte der Kinder hin, die, wie sie betonte, gefährdet seien.



Als zweites sprach die katholische Publizistin Gabriele Kuby.

Video mit der Auftaktrede von Frau Beverfoerde, im Anschluss spricht Gabriele Kuby:



Gabriele Kuby ist Autorin zahlreicher [Schriften und Bücher](#), die über Gender-Mainstreaming aufklären. Unter den Teilnehmern wurde auch eine von ihr verfasste kleine Broschüre zum Thema Gender verteilt.



„Wir sind hier, weil wir die Grundlagen unserer Kultur verteidigen, die Grundlagen der Familie, das Wohl unserer Kinder, die Zukunft der ganzen Gesellschaft. [...] Wir treten für die Mehrheit der Rechte der Bevölkerung ein“, so Kuby zu Beginn ihrer Rede. In einer Demokratie sollte Politik für die Mehrheit und nicht für die Minderheit gemacht werden, betonte die Publizistin. „Wir schlafen nicht mehr, wir stehen auf, dies ist der Anfang, es kann auch hier eine Massenbewegung werden, wie in Frankreich und anderen Ländern, der Widerstand in Europa wächst.“ Kuby klärte auf und motivierte die Teilnehmer, weiter aktiv zu bleiben.

In einem [Grußwort, verlesen von Frau Beverfoerde](#), bekräftigte die Autorin Birgit Kelle (Aktuelles Buch: „[Dann mach doch die Bluse zu](#)“) die Demonstranten, weiter Widerstand zu leisten: „Es geht um unsere Kinder und deswegen ist es gut, dass Ihr heute auf der Straße seid, es ist richtig, dass Ihr energischen Widerstand gegen diesen Wahnsinn leistet... Eure

Birgit Kelle“, ließ die vierfache erfolgreiche Mutter und Journalistin an die Demonstranten ausrichten.

Frau Kramer (Agens e.V.) sprach davon, dass der Bildungsplan bis in unser Privatleben reiche. Er verunsichere die Identität der Schüler. „Von Stuttgart muss eine Bewegung ausgehen... gegen den Genderunfug ...eine Bewegung für unsere Kinder ...für ein Leben unserer Familien in Würde.“



Karl Simpfendörfer (Verband Familienarbeit e.V.) sprach von „einem Griff nach unseren Kindern“. Toleranz sei das „Trojanische Pferd“, in dessen Mantel der Bildungsplan daherkomme, so sinngemäß der Vorsitzende des Verbandes und Vater von vier Kindern.



Hier die Reden von Karl Simpfendörfer und Prof. Peter Beyerhaus:

Beyerhaus (Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands) nahm Bezug zu Aussagen der Bibel und warnte damit zugleich vor den Konsequenzen für Kinder und Verantwortliche bei einer Umsetzung des Bildungsplans. „Wir müssen die Gefahr abwehren! Sie, zusammen mit uns!“, schloss Prof. Beyerhaus seine kurze Rede.



Christoph Scharnweber, Kreisvorsitzender Evangelischer Arbeitskreis der CDU Heilbronn:



„Was muss in unserem Bundesland eigentlich noch passieren, damit endlich sichtbar etwas am Bildungsplan geändert wird“,

eröffnete Scharnweber seine kämpferische Rede. Er sprach Stochs Positionierung um den Tag der Gespräche über den Bildungsplan an, als der Kultusminister bekräftigte: „[Ich werde nicht zurück rudern!](#)“. In seiner Rede entgegnete der CDU-Kreisvorsitzende aus Heilbronn: „Lieber Herr Stoch,... wollen Sie eine neue Online-Petition? War Ihnen die alte zu schwach, zu unkonkret? Sollen wir öfters hier in Stuttgart demonstrieren? Soll der Kulturkampf, der durch Ihre Dialogverweigerung ausgelöst wurde, sich weiter ausbreiten? Ist das Ihr Interesse?“ Stoch spiele den Hardliner und trage so zur weiteren Vergiftung bei, sagte Scharnweber. Er nannte den Bildungsplan ein Bildungschaospapier, zitierte zum Abschluss seiner Rede Auszüge aus der Landesverfassung und setzte sie in Bezug zu Eltern, Staat und Religionsgemeinschaften.

Anna Schupeck (AfD) signalisierte gleich zu Anfang ihrer Rede den Demonstranten ihre Unterstützung.

Sie sprach sich gegen Gender und den Bildungsplan aus, sprach in diesem Zusammenhang von einer Gesinnungsprüfung durch Grün-Rot. „Keine Rollenspiele mit vertauschten Geschlechterrollen“, „Familie statt Gender-Mainstreaming“.



[Ulrike Walker](#) (Schweizer Volksinitiative zum Schutz vor Sexualisierung im Kindergarten und der Primarschule) betonte, dass Elternrechte zunehmend ausgehebelt und durch „Kinderrechte“ ersetzt würden. Die Familie bestünde aus Vater, Mutter und Kind. „Die Familie darf nicht staatlichen Experimenten geopfert werden“, „..wir stehen für Freiheit und echte Demokratie“, so Walker.



Pierre-Louis Santos (Manif pour tous) überbrachte herzliche

Grüße aus Frankreich. Er hielt seine Rede auf Deutsch. Er berichtete von Erfolgen und dem Kampf gegen die Genderideologie in Frankreich. Santos sprach von dem seit über 50 Jahre andauernden Kampf der Genderaktivisten. „Wir müssen schnell und stark arbeiten, weil wir gewinnen müssen!“ „Wir müssen unsere Stärke koordinieren...sehr schnell, sehr laut.“ „Die Auseinandersetzung ist heute, morgen ist es zu spät“. Unter lautem Jubel schloss Santos, „Es lebe Deutschland, es lebe Frankreich, aber über allem, es lebe die Familie!“



Im folgenden Video sind die Reden von Pierre-Louis Santos und Michael Ragg zu hören:

[Michael Ragg \(AUF-Partei\)](#): „Der Bildungsplan lässt alle wissenschaftlichen Erkenntnisse der modernen Hormon- und Hirnforschung weg. Der Bildungsplan ist vorwissenschaftlich, er ist unwissenschaftlich.“ „Das ist eigentlich gar kein Bildungsplan, sondern ein Zeichen für den Bildungsnotstand in der Landesregierung.“



Im Anschluss an die Kundgebung wurde die Demonstration zügig gestartet. Vorne weg gingen die Organisatoren hinter einem großen Banner mit klarer Botschaft.



Im Zug führten die Teilnehmer die vom Demo-Bündnis zahlreich gestellten Plakate mit sich.

Aber auch viele selbst gestaltete Banner und Schilder waren wieder sichtbares Zeichen dafür, wie wichtig es den Menschen ist, dass ihre Anliegen verstanden wird.





Ein kompletter Gang mitten durch den Demonstrationszug ist im folgenden Video zu sehen:

Weitere Plakate auf unseren Berichten der beiden vorangegangenen Demos [hier](#) und [hier](#).

Entlang der Demostrecke war auch das ein oder andere Plakat der Bildungsplanbefürworter zu sehen.



Der Zug wurde einige Male gestoppt, weil Linksradikele Sitzblockaden entlang der Strecke durchführten. Ein paar

Hitzköpfe konnten nicht anders, als die friedlichen Demonstranten verbal zu beleidigen.



Immer dabei die Polizei, um ein Übergreifen von Links zu verhindern und nicht, wie die Zeitungen irrigerweise relativierend schrieben, ein Aufeinandertreffen beider Gruppen zu verhindern.



Nicht nur einmal kam der Demonstrationszug zum stehen. Die Teilnehmer riefen: „...räumen...räumen...“. Ca. 200 Meter weiter vorn Zug erledigte die Polizei saubere Arbeit, indem sie die Demo-Blockierer von der Straße räumte. Im folgenden Video ist das konsequente Durchgreifen der Polizei dokumentiert.





Vereinzelt wurden Tomaten geworfen. Mindestens ein Plakat wurde zerstört.



Ein randalierender Gegendemonstrant zerstörte bei einem VW-Polo einen Blinker. Eine Person, die nicht ohne Polizeibegleitung bleiben wollte und mit „Christen fisten“ provozierte, sieht man auf dem nächsten Bild „grüßen“.



Der Demozug ging einmal um, bzw. durch die Innenstadt von Stuttgart und überquerte dabei die Haupteinkaufsmeile Königsstraße.



Ziel war, wie schon bei den vorangegangenen Demos, das Staatstheater.



Auf der Abschlusskundgebung wurden die beiden Grußworte von Peter Hauk, Fraktionsvorsitzender der CDU im baden-württembergischen Landtag und Hans-Ulrich Rülke, Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion, verlesen. Hauk kritisierte Kultusminister Stoch wegen seines Umgangs mit den Bildungsplangegnern. Außerdem warf er Stoch handwerkliche Fehler bei der Erarbeitung des Bildungsplanes vor. Die SPD-

Generalsekretärin Katja Mast nannte Hauks Grußwort einen Tag später „unangemessen und schmuddelig“ und warf ihm vor, am „rechten Rand zu fischen“.

Rülke betonte im Besonderen den Wert der Familie: „Der Bildungsplan darf kein Gesinnungslehrplan sein“. Er bemängelte, dass der Begriff „sexuelle Vielfalt“ an keiner Stelle des Bildungsplanes klar definiert sei. Grüne Besserwisserei und grüne Bevormundung lehne er ab. In einer Erklärung musste Rülke bereits auf Druck von Grün-Rot [sein Grußwort verteidigen](#).

Als Reaktion auf die beiden Grußworte hieß es aus den Regierungsparteien: „Der Protest driftet nach rechts-außen ab – es handelt sich längst nicht mehr um lediglich besorgte Eltern, sondern um eine gefährliche Allianz aus christlich-konservativen und rechten Gruppen“, [kommentierte die Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch](#) (Grüne und Mitglied der „Offenen Kirche“, einer linken Gruppierung innerhalb der EKD). „[Hauk und Rülke machen gemeinsame Sache](#) mit rechtsextremen Gruppierungen“, sagte der [Grünen-Landesvorsitzende Oliver Hildebrand](#).

Wie viel Angst muss man haben, wenn man meint, so mit der Nazikeule um sich schlagen zu müssen?

In ihrer Schlussrede dankte Hedwig Freifrau v. Beverfoerde den Mitwirkenden und der Polizei für ihren Einsatz. Und auch bei der jetzt dritten Demonstration gegen den Bildungsplan skandierte die Menge am Ende: „Wir kommen wieder!“.



Zum Abschluss ließen alle ihre Luftballons gemeinsam aufsteigen. Bis zur nächsten „[Demo für Alle!](#)“

» Heute Abend folgt: „Wie Medien über die ‚Demo für Alle‘ berichten“



Protestanten eröffnen Gender-Zentrum



Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat am Montag in Hannover ihr neues [„Studienzentrum für Genderfragen in Kirche und Theologie“](#) eröffnet. Die Leiterin will sich persönlich *den Fragen des Geschlechterverhältnisses aus feministischer Perspektive* annähern, nicht nur *zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen allen Geschlechtern, zwischen Menschen, die hetero-, bisexuell, lesbisch, schwul, transgender, intersexuell, queer sind*. Nach der Pressekonferenz gab es im Zentrum ein veganes Vier-Gänge-Menü, und der Ober-Protestant [Schneider kritisierte](#) Birgit Kelle! Ob im Zentrum nur Unisex-Klos sind, wurde nicht bekannt.

» Kontakt: info@sfg.ekd.de



Unterberger: Auch ich hätte Orban gewählt



Die Hass-Orgien in linken Medien haben nichts genutzt: Viktor Orbán hat die ungarischen Wahlen mit einem Prozentsatz gewonnen, von dem die österreichischen Parteien seit Jahrzehnten nicht einmal träumen würden. Es war geradezu unglaublich, wie viele Un- und Halbwahrheiten schon in seiner ersten Periode über ihn ausgestreut worden sind. Aber Orbán ließ sich nicht beirren. Und die Ungarn auch nicht. Kein Zweifel: Auch ich hätte Orbán gewählt.

Schon alleine deshalb, weil die Aktionen der Gesinnungsfreunde der ungarischen Sozialisten gegen ihn in ihrer vordergründigen Denunziationsabsicht viel zu durchsichtig waren. Gibt es doch bis heute nicht einmal einen Funken von konkreten Indizien, dass Ungarn im Vergleich zu den anderen EU-Ländern kein Rechtsstaat oder keine Demokratie mehr wäre. Oder dass es das weniger wäre als in den letzten 25 Jahren. Denn vor der letzten Regierungsperiode hat Ungarn nämlich de facto noch mit

einer aus dem Kommunismus stammenden Rechtstradition gelebt.
(Fortsetzung [in Andreas Unterbergers Blog!](#))

Mustafa Y.: „Ich akzeptiere das Urteil. Schön.“

✘ [Vor einem Monat](#) haben wir darauf hingewiesen, dass es im Wellendingener Nachbarschaftmord nach einem Gutachten wieder einmal einen Islamrabatt geben könnte. Jetzt ist es bei dem Urteil vor dem Landgericht Rottweil auch so gekommen. Mustafa Y., der seinen Nachbarn Hanspeter W. im Juli 2013 nach einem Streit erschoss, muss nur für 12 Jahre in Haft, weil er wegen Ramadan so hungrig und „körperlich angeschlagen“ war.

[BILD Stuttgart](#) berichtet:

Ein Gutachter hatte vor dem Landgericht Rottweil behauptet: Der Täter, ein gläubiger Muslim, sei nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen! Mustafa Y. habe im Fastenmonat Ramadan – trotz Hitze – vor der Tat seit 14 Stunden weder gegessen noch getrunken.

Eigentlich steht auf Mord eine lebenslange Haftstrafe, man sei bei dem Angeklagten aber von einer verminderten Schuldfähigkeit ausgegangen, sagte der Vorsitzende Richter Karlheinz Münzer.

GAB ES EINEN ISLAM-RABATT FÜR DEN MÖRDER?

Der Richter: „Der Ramadan setzte ihm körperlich zu, er war dehydriert, aber es kam zu keiner Bewusstseinsbeeinträchtigung.“ Er stellte aber klar: „Der Ramadan hatte nicht allein Einfluss auf seine verminderte Schuldfähigkeit. Mustafa Y. war auch

psychisch und physisch instabil, litt unter Depression, Angstzuständen und Schlafstörungen.“

Das Urteil: Mustafa Y. muss zwölf Jahre hinter Gitter! Ein Jahr weniger als die Staatsanwaltschaft gefordert hatte!

Zwei Jahre lang lebten die Männer Tür an Tür in einem Doppelhaus in Wellendingen. Alles begann damit, dass Hanspeter W. seine Hälfte renovieren wollte. Er entfernte einen Trägerbalken, plötzlich zogen sich Risse durch die Wand des Nachbarhauses.

Im Prozess behauptet Mustafa, sein Nachbar habe auch Müll illegal in seiner Tonne entsorgt. Einen Monat vor der Tat soll der Türke versucht haben, seinen Nachbarn mit dem Auto zu überfahren.

Juli 2013 geriet der Streit außer Kontrolle: Mustafa Y. fastete. Plötzlich Krach. Der Angeklagte: „Ich sah, dass der Nachbar auf meiner Hofseite Steine aus dem Boden entfernte.“ Die beiden schrieen sich an.

W. soll seinen Kontrahenten als Zuhälter beschimpft haben. Mustafa Y.: „Da drehte ich komplett durch!“

Laut Staatsanwalt holte der Angeklagte im Dachgeschoss eine Pistole.

Hinterm Haus trafen die beiden aufeinander. Mustafa Y. (Sportschütze) schoss dem Nachbarn in die Hüfte, ein zweiter Schuss verfehlte das Opfer. Hanspeter W. wollte sich ins Haus retten. Der Nachbar kam hinterher.

Drinne musste die Frau des Opfers mit ansehen, wie der Täter weiter auf ihren Mann schoss. Sie schloss sich ein und versuchte ihren kleinen Sohn zu schützen.

Mustafa ging nach Hause, rief die Polizei an, sagte: „Nachbar tot gemacht.“

Die Staatsanwaltschaft hatte vor dem Rottweiler Landgericht 13 Jahre Haft wegen Totschlags gefordert, der Anwalt der Witwe des Getöteten sogar eine lebenslange Strafe. Das Urteil blieb mit zwölf Jahren Haft deutlich darunter. Mustafa Y. ließ am Dienstag mit hochrotem Kopf über seinen Dolmetscher mitteilen: „Ich akzeptiere das Urteil. Schön.“ [...]

Was wohl die Witwe des Mordopfers zu dem Islam-Rabatt-Urteil sagt?

Kontakt:

Landgericht Rottweil

Königstr. 20

78628 Rottweil

Tel. 0741/243-2351

Fax: 0741/243-2381

E-mail: poststelle@lgrottweil.justiz.bwl.de



**CDU-Funktionär sitzt über Pro
Köln zu Gericht**



Je näher der Eröffnungstermin des Prozesses gegen PRO KÖLN mitten im Kommunal- und Europawahlkampf rückt, desto mehr irritierende Details kommen ans Tageslicht. Nicht nur, dass der für mindestens 21 Verhandlungstage angesetzte Mammutprozess wegen angeblich zu Unrecht bezogener Sitzungsgelder (in Höhe von z.B. 52 Euro in vier Jahren bei PRO KÖLN-Stadtrat Markus Wiener) vor dem Wahltag beginnt, ein Urteil aber erst lange nach der Wahl fallen wird. Nein, jetzt wurde bekannt, dass in der zuständigen „großen Wirtschaftsstrafkammer“ des Landgerichts Köln auch noch ein CDU-Vorstandsmitglied aus dem benachbarten Wesseling über die PRO-Funktionäre zu Gericht sitzen wird.

Ausgerechnet das Wesselinger [CDU-Vorstandsmitglied Ulrich Keilhau](#) (Foto oben) wurde zu diesem brisanten Prozess als Schöffe berufen. Weder Keilhau noch der für die skandalöse Prozessterminierung verantwortliche Richter Dr. Michael Bern scheinen darin ein „Befangenheits“-Problem zu sehen. Bern selbst scheint sowieso ein seltsames Engagement in dieser Sache zu entwickeln. Während er noch im Dezember öffentlichkeitswirksam [im WDR darüber lamentierte](#), dass seine Kammer völlig überlastet sei und 20 große Wirtschaftsstrafverfahren vor sich herschieben müsste, konnte es ihm plötzlich in diesem Prozess vor dem Wahltermin gar nicht schnell genug gehen. Sogar der sonst übliche Wahlpflichtverteidiger wurde z.B. der PRO KÖLN-Fraktionsvorsitzenden Judith Wolter verweigert, weil mit der von Wolter favorisierten Anwältin ein Prozesstermin vor dem 25. Mai nicht mehr möglich gewesen wäre ...

Für den Prozessbeginn an diesem Freitag, 11. April, ruft PRO KÖLN daher um 13 Uhr vor dem Haupteingang des Landgerichtes zu einer Protestkundgebung gegen die Kriminalisierungsversuche mitten im Wahlkampf auf. Motto der Kundgebung: Stoppt die politische Justiz gegen PRO KÖLN!

» Kontakt: info@cdu-wesseling.de



Österreich: Zweifelt und Neger



Der Zweifelt ist die am meisten verbreitete Rotweinsorte in Österreich und fehlt fast auf keiner Getränkekarte. Er ist benannt nach dem Rebzüchter Fritz Zweifelt, der schon vor dem Anschluß Nationalsozialist gewesen sein soll. Die linke Wikipedia schreibt was dazu, aber ganz sicher ist wenig. Trotzdem soll der Name nun politkorrekt verschwinden, wenn es nach den

einschlägig bekannten Kreisen geht. Es sieht aber so aus, als ob die Österreicher nicht so schnell kuschen. Es ist anzunehmen, [daß der Name Zweigelt](#) noch länger überleben wird! Und Jean Genets Stück „Die Neger“ wird wohl noch länger so heißen und auch in Wien aufgeführt werden dürfen!

Le Pen für Schweinefleisch in Schulkantinen

Die neu gewählten Bürgermeister der [...] französischen Front National (FN) sollen laut Parteichefin Marine Le Pen dafür sorgen, dass in den Schulkantinen ihrer Gemeinden wieder Menüs mit Schweinefleisch erhältlich sind. „Wir werden keine religiösen Forderungen für die Speisekarten unserer Schulen akzeptieren“, erklärte Le Pen am Samstag. Diese Entscheidung sei dazu bestimmt, in Frankreich „die Laizität zu retten, die in sehr großen Schwierigkeiten steckt“, sagte Le Pen im RTL-Radio. *(Dies berichten [österreichische Blätter!](#))*

Abdel-Samad über Waldpinkler und Islamisten

Hamed Abdel Samad war erwartungsgemäß zusammen mit Wolfgang Bosbach der einzige Lichtblick in der Maischbergersendung – er kam nur leider zu kurz. Man hätte sich das Gequatsche Nouripours über die „Beleidigung“ seiner „religiösen Gefühle“ sparen können, ebenso Kaddors „Das hat nichts mit dem Islam zu

tun“-Nebelkerzen, Dabbaghs Permanent-Taqiyya und Radors Gefasel über den „vielschichtigen Islam“. Am vergangenen Mittwoch konnte man den geistreichen Islamkritiker im Münchner Literaturhaus live erleben. Diese Passage über Waldpinkler, Islamisten und den Diktator Allah hat das Zeug zum Klassiker.